

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **UMBAWIKO: Ja zu Anpassungen des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes**

**Solothurn, 23. Juni 2008 - Die kantonsrätliche Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (UMBAWIKO) stimmte den Änderungen des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes zu. Es geht um die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Entschädigung für Tierverluste im Rahmen der schweizweiten Ausrottung der Rinderseuche BVD. Ebenfalls soll die Zusammenarbeit im Vollzug Rebbau sowie die Anpassung der Gewerbegrenze gemäss bäuerlichem Bodenrecht (BGBB) neu geregelt werden. Im Weiter lehnt die Kommission einen parlamentarischen Auftrag zum Thema Aufräumarbeiten von Abfallmüll (Littering) entlang von Kantonsstrassen ab.**

Unter der Leitung ihres Präsidenten Walter Schürch (SP, Grenchen) befasste sich die UMBAWIKO mit den Änderungen des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes. Mit der Gesetzesänderung soll die Grundlage geschaffen werden für die Ausrichtung einer Entschädigung von Tierverlusten im Rahmen des BVD-Ausrottungsprogramms des Bundes. Für jedes mit dem BVD-Virus infizierte Tier, welches geschlachtet werden muss, kann der Regierungsrat an dessen Halter eine Entschädigung von maximal Fr. 300.-- ausrichten. Gleichzeitig soll die bereits seit Jahren bestehende, auf gegenseitiger Absprache basierende, gut funktionierende Zusammenarbeit mit dem Kanton Baselland für den Vollzug im Bereich Rebbau in einer entsprechenden Vereinbarung zwischen den beiden Kantonen verankert werden. Zudem soll mit der Gesetzesanpassung

ans Bundesrecht eine Änderung des bäuerlichen Bodenrechts (BGBB) vorgenommen werden. Im Rahmen der Agrarpolitik 2011 wurden die kantonalen Kompetenzen zum Festlegen der Grenze für ein landwirtschaftliches Gewerbe auf mindestens 0.75 (bisher 0.5) Standardarbeitskräfte angehoben. Die Kommission stimmte der Vorlage einstimmig zu.

### **Littering entlang Kantonsstrassen**

Im Auftrag von Walter Gurtner (SVP, Däniken) wird der Regierungsrat aufgefordert, sämtliche Abfallbeseitigungen (Littering) entlang von Kantonsstrassen in Zukunft von arbeitslosen Personen oder Asylbewerbern ausführen zu lassen, wenn diese Arbeiten nicht durch die kantonalen Strassenunterhaltsequipen erledigt werden können. Bemängelt wird, dass verschiedentlich in diesem Jahr eine ausserkantonale Strassenbaufirma im Auftrag des Kantons unterwegs war, welche entlang der Kantonsstrassen im Niederamt den Abfallmüll entsorgt hat. Die Kommission folgte mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung. Bereits heute setzen die Kreisbauämter vereinzelt Leute der Oltech GmbH in Olten und der Perspektive Solothurn ein. Der Einsatz der ausserkantonalen Firma (welche auch im Kanton Solothurn einen Geschäftssitz hat) erfolgte nur, weil die Oltech GmbH und die Perspektive Solothurn keine Leute zur Verfügung stellen konnten. Der Einsatz von unausgebildeten und oft nur kurzzeitig einsetzbaren Asylbewerbern und Arbeitslosen kann aus Sicherheitsgründen entlang der stark befahrenen Strassen nicht befürwortet werden.